

# Das Politische System Deutschlands

Einführungsvorlesung BM3  
Donnerstag 8:15 – 9:45, LSE

# Kursplan (1)

## 1. Einführung in die Thematik

- (1) Einführung
- (2) Verfassungssystem

## 2. Politische Kerninstitutionen

- (3) Exekutive: Bundesregierung // Bundespräsident
- (4) Legislative: Bundestag und Bundesrat
- (5) Föderalismus: Länder und Kommunen
- (6) Verwaltung und Bundesverfassungsgericht

## Kursplan (2)

### 3. Politische Akteure und Prozesse

- (7) Wahlsystem, Wahlverhalten und Politische Kultur
- (8) Parteiensystem und innerparteiliche Demokratie
- (9) Interessengruppen, Eliten und Medien

### 4. Verschiebungen und Veränderungen

- (10) Grundgesetzänderungen, Staatsfinanzen, Europäisierung

### 5. Prüfungen

- (11) Modulabschlussklausur BM3

# Literatur heute

- *Wolfgang Rudzio: Kapitel 4 und 5, 85-122 und 123-154*
- *Der lange Abschied vom Milieu, Zeit Online, 19.8.1999*

# Lernziele der Sitzung

- Kenntnis des Cleavage-Konzeptes
- Kenntnis der Sartori-Klassifikation zu Parteiensystemen
- Fähigkeit zur Berechnung und Abschätzung der ENP
- Kenntnis der Entwicklungspfade des deutschen Parteiensystems

# Gliederung

- Cleavages und Parteiensysteme
  - Cleavages und Milieus in Deutschland
  - Das bipolare Parteiensystem Deutschlands
  - Innerparteiliche Demokratie
  - Parteienverbot und Parteienfinanzierung

# Villingen-Schwenningen (Doppelstadt seit Kommunalreform 1972)

## Villingen



Ca. 37.000 Einwohner

Wahlverhalten 5.3.1933:  
33,3% NSDAP, 33,1% Zentrum

## Schwenningen



Ca. 32.000 Einwohner

Wahlverhalten 5.3.1933:  
31,5% NSDAP, 21,7% KPD, 21,6% SPD

# Differenzen innerhalb Villingen–Schwenningen

## Villingen

- Wahlverhalten 5.3.1933:  
33,3% NSDAP, 33,1% Zentrum
  - Stadt seit 1294, seit 999 Münzrecht
  - Zu Vorderösterreich/Baden gehörend
  - Überwiegend katholisch (76%, 1933)
  - Handelsstadt
  - Südwestlich der europäischen Hauptwasserscheide: Brigach als eine der Donauquellen

## Schwenningen

- Wahlverhalten 5.3.1933:  
31,5% NSDAP, 21,7% KPD, 21,6% SPD
  - Dorf bis 1907
  - Zu Württemberg gehörend
  - Überwiegend evangelisch (65%, 1933)
  - Industrialisiert seit Mitte 19. Jhdt.
  - Nordöstlich der Europäischen Hauptwasserscheide: Neckarquelle als Rheinzufuss



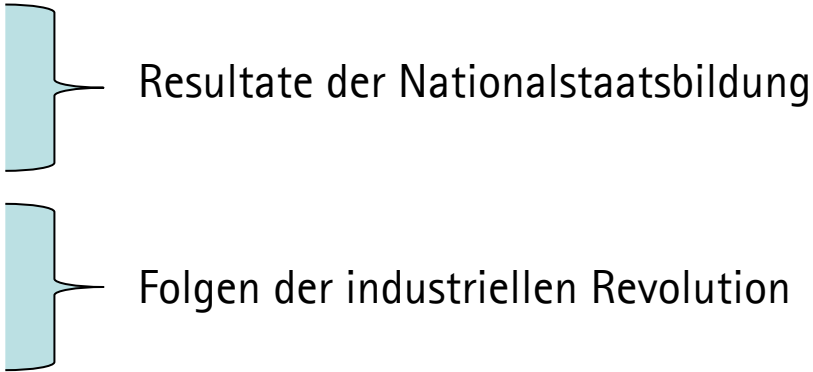
# Cleavage-Konzept: Stein Rokkan und Martin Lipset

- Stein Rokkan und Seymour Martin Lipset (1967): Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments
- Ziel: Makrosoziologische Erklärung der Unterschiede von Parteiensystemen in politischen Systemen
- Spaltungsstrukturen: Funktionale Cleavages und territoriale Zentrum-Peripherie-Strukturen
- Kritische Phasen: Einfrieren, Auftauen und Translation
- Verhältnis: Funktionale Cleavages wichtiger als territoriale Konflikte

# Einfluss der Cleavages auf das Parteiensystem

- Die Cleavages beeinflussten die Entstehung des Parteiensystems
  - Theoretisch konnte aus jeder an einem solchen dauerhaften Konflikt beteiligten Seite eine politische Partei entstehen.
  - Die Entstehung einer pol. Partei ist dabei von verschiedenen Bedingungen abhängig:
    - Proteste gegen herrschende Elite müssen legitim sein
    - Mitglieder der betreffenden Gruppen benötigen volle Bürgerrechte, um sich zu einer Interessenvertretung zusammenschließen zu können
    - Führer der Interessenvertretungen müssen entscheiden, ob sie eine eigene Partei gründen wollen oder ein Bündnis mit einer bereits existierenden Partei eingehen wollen
    - Der Partei muss der Einzug ins Parlament gelingen
- „Das Format des Parteiensystems wird somit von der Konstellation gesellschaftlicher Konfliktlinien sowie den Entscheidungen der Führer der gesellschaftlichen Großgruppen bestimmt“ (S. 186).

# Ursprung der Cleavages

- Lipset/Rokkan (1967) führen die Spaltungslinien (Cleavages) auf gesellschaftliche Modernisierungsprozesse zurück
  - Zentrum vs. Peripherie
  - Staat vs. Kirche
  - Stadt vs. Land
  - Arbeit vs. Kapital
- 
- Resultate der Nationalstaatsbildung
- Folgen der industriellen Revolution

# Die traditionellen Cleavages

- Lipset und Rokkan (1967) unterscheiden vier traditionelle Cleavages, die aus den „nationalen“ und „industriellen“ Revolutionen entstanden sind:
- Nationale Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts
  - (1) Zentrum/Peripherie
    - zentrale Eliten versus abhängige ethnische, sprachliche oder religiöse Gruppen → Regionalparteien und separatistische Parteien
  - (2) Kirche/Staat
    - Laizistischer Staat versus konfessionell gebundene Bevölkerungsgruppen sowie konkurrierende Religionsgemeinschaften → konservative vs christdemokratische Parteien
- Industrielle Revolution
  - (3) Stadt/Land (Landwirtschaft/Industrie)
    - städtische versus ländliche Bevölkerungsgruppen → liberale vs. konservative Parteien
  - (4) Kapitaleigentümer/Arbeiter → Sozialdemokratische/sozialistische/kommunistische Parteien

# Der neue Cleavage

- Ronald Inglehart (1979): The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-Industrial Societies
- Neu: Postindustrielle Welt
  - (5) Materialismus / Postmaterialismus (Inglehart 1979) → Grüne Parteien

# Unterschiedliche Typen von Parteien

- Honoratiorenpartei: 19. Jhdt., Macht innerhalb sehr konzentriert, sehr Mitgliedschaft konzentriert, Ziel: Kontrolle von Privilegien
- Massenintegrationspartei (Sigmund Neumann): Ausweitung Wahlrecht ab 1880, Macht relativ konzentriert, große und homogene Mitgliedschaft, Ziel: Sozialreformation
- Catch all party (Otto Kirchheimer): Massenwahlrecht ab 1945, Macht weniger konzentriert, große und heterogene Mitgliedschaft, Ziel: Soziale Gleichheit
- Cartel party (Richard Katz/Peter Mair): Massenwahlrecht ab 1970, Macht diffus, heterogene Mitgliedschaft Aufweichung für nicht-Mitglieder, Ziel: Professionelle Politikausübung

# Typologie Parteiensysteme: Sartori

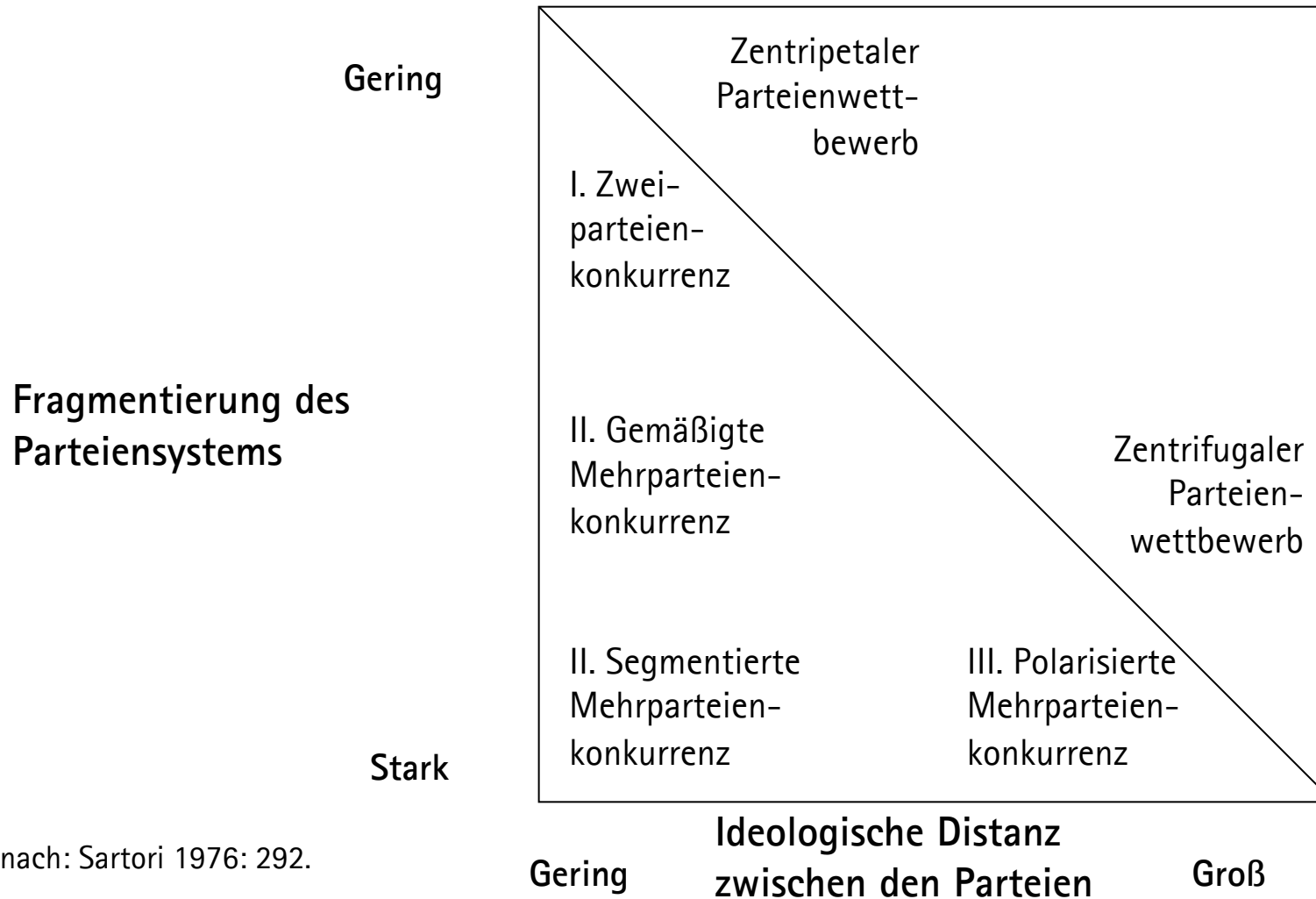
- Giovanni Sartori: Parties und Party Systems 1976
- Klassiker zu Parteiensystemen. Er entwickelt eine Typologie mit zwei Dimensionen:
- (1) Anzahl der Parteien
  - 2 Parteien
  - 3 bis 5/6 Parteien (limited pluralism)
  - 5/6 oder mehr Parteien (extreme pluralism)
- (2) ideologische Distanz zwischen den Parteien
  - gering (moderate)
  - groß (polarized)

# Typologie von Sartori (1)

- Wichtig: die zwei Dimensionen werden nicht als völlig unabhängig voneinander gedacht
  - Idee: „Format“ des Systems sollte dessen „Mechanik“ beeinflussen
  - konkreter: Anzahl der Parteien sollte die ideologische Polarisierung beeinflussen; das ist der Hauptgrund, warum die Anzahl für Sartori überhaupt interessant ist
    - Zweiparteiensystem → geringe Polarisierung
    - sehr viele Parteien → große Polarisierung
  - aber eine Einschränkung:
    - hohe Anzahl von Parteien kann auch das Ergebnis einer „segmentierten“ Gesellschaft sein
    - in segmentierten Gesellschaften geht (nach Sartori) hohe Anzahl von Parteien nicht mit Polarisierung einher



# Typologie von Sartori (2)



nach: Sartori 1976: 292.

# Alternatives Vorgehen zur Erfassung von Parteiensystemen

- Empirische Messung der Zahl der Parteien mit dem Indikator „Effektive Number of Parties“ ENP
- Effektiv: Nicht die Zahl der Parteien im Parteiensystem alleine, sondern auch deren relative Größe sind relevant:
- Beispiel System 1 und 2
  - System 1: Partei A: 50%, Partei B 50%
  - System 2: Partei A: 10%, Partei B 90%
- Formel:

$$N = \frac{1}{\sum s_i^2}$$

# Wie wird die Anzahl der „effektiven“ Parteien ermittelt?

- *Wichtig:* Bei ungleichen Gewichten ist die „effektive“ Anzahl kleiner als die tatsächliche Anzahl
- Unterste Reihe: Sitzverteilung im Bundestag 2005–2009

Partei 1	Partei 2	Partei 3	Partei 4	Partei 5	N
50%	50%				2,00
33,33%	33,33%	33,33%			3,00
55%	45%				1,98
45%	40%	15%			2,60
45%	20%	15%	10%	10%	3,64
36%	36%	10%	9%	9%	3,50

# Gliederung

- Cleavages und Parteiensysteme
- Cleavages und Milieus in Deutschland
- Das bipolare Parteiensystem Deutschlands
- Innerparteiliche Demokratie
- Parteienfinanzierung

# Cleavages und Konflikte in Deutschland

- Konfessioneller Konflikt im Dreißigjährigen Krieg, beigelegt durch Westfälischen Frieden 1648 (*cuius regio, eius religio*)
- Kleinteilige, konfessionell gemischte Gebiete im Heiligen Römischen Reich bis 1803
- Spätes nation building (1866/71)
  - Konflikt zwischen Zentrum (Preußen) und peripheren Staaten führt zur Bildung von regionalen Parteien (z.B. Bayern: Bayrische Patrioten)
  - Preußischer Staat dominiert die protestantische Kirche, gleichzeitig starke katholische Minderheiten führen zu Kulturkampf (Zentrumspartei)
  - Großgrundbesitzer verhindern im Norden und Osten Aufbau von Agrarparteien, nicht jedoch im Süden (Bauernbund)
- Späte Industrialisierung und Sozialistengesetze führen zu Herausbildung SPD und KPD als Arbeiterparteien

# Cleavages im deutschen Kaiserreich und der Weimarer Republik

- Die Mitglieder der sozialen Großgruppen nehmen die entsprechenden Parteien als ihre politischen Agenten wahr und unterstützen sie regelmäßig bei Wahlen, die so gewissermaßen zu Zählappellen der sozialen Großgruppen werden.
- Ist diese Konstellation aus dauerhaften gesellschaftlichen Spannungslinien und stabilen Bündnissen zwischen gesellschaftlichen Großgruppen und politischen Parteien intakt, ist mit einem hochgradig stabilen, gleichsam eingefrorenen Parteiensystem zu rechnen.

# Institutionelle Etablierung der Strukturen in Milieus

- Im 19. Jahrhundert, Formen der Vergesellschaftung stark auf Cleavage-Gruppen ausgerichtet „Von der Wiege bis zur Bahre“ (Arbeiterwohlfahrt, Lehrlingsverein, Fußballklub, Naturfreunde, Bestattungsverein . . . )
- Konfessionell getrennte staatliche Schulen in Niedersachsen und NRW auch heute noch (z.B. Vechta)
- In gemischten Religionsgebieten oft konfessionell homogene Dörfer (Beispiel: 1,5km entfernt, Weinbau + Gewerbe)
  - Brackenheim–Stockheim: In 1813: 631 Einwohner, davon 24 Evangelisch  
Bei BTW 2013: CDU 59,7%, bei BTW 2017: CDU 35,8%
  - Brackenheim–Haberschlacht: In 1813: 608 Einwohner, davon 3 Katholisch  
Bei BTW 2013: CDU 42,2%, bei BTW 2017: CDU 26,4%

# Veränderungen seit 1945/1960ern

- Zerschlagung Preussens, Verlust ostelbische Gebiete nach 1945, Bodenreform und Bildung DDR
  - Nicht mehr: protestantischer Staat gegen Katholiken
  - Christdemokratie integriert Zentrum und Protestanten
  - Abschwächung Stadt-Land-Konflikt → CDU/CSU
- Wirtschaftswunder → SPD integriert Arbeitnehmerinteressen, Verbot KPD
- Regionalinteressen innerhalb von Parteien mit Ausnahme der CSU
- Neuhinzukommen Grüne in den 1980er Jahren als Postmaterialismus-Partei (Umwelt und Frieden)



# Gliederung

- Cleavages und Parteiensysteme
- Cleavages und Milieus in Deutschland
- Das bipolare Parteiensystem Deutschlands
- Innerparteiliche Demokratie
- Parteienverbot und Parteienfinanzierung

## Parteienartikel: Art. 21 GG

- (1) Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben.
- (2) Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig.

## Parteienartikel: Art. 21 GG

- (3) Parteien, die nach ihren Zielen oder dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgerichtet sind, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind von staatlicher Finanzierung ausgeschlossen. Wird der Ausschluss festgestellt, so entfällt auch eine steuerliche Begünstigung dieser Parteien und von Zuwendungen an diese Parteien.
- (4) Über die Frage der Verfassungswidrigkeit nach Absatz 2 sowie über den Ausschluss von staatlicher Finanzierung nach Absatz 3 entscheidet das Bundesverfassungsgericht.
- (5) Das Nähere regeln Bundesgesetze.

# Grundlegende Funktionen von Parteien

- Rekrutierungsfunktion
- Programmfunktion
- Meinungsbildungsfunktion
- Einflussnahmefunktion

# Die Leibholz'sche Parteienstaatshypothese

- Gerhard Leibholz (Verfassungsrichter)
- „Wahlen sind eine inhaltliche Richtungsentscheidung und die Parteien die politischen Handlungseinheiten“
- -> striktes repräsentatives Verständnis von Demokratie

# Aber... Die Parteienstaatshypothese in der Realität (1)

- Inkorporierung der Parteien in die Verfassung mit Artikel 21GG stellt ihre Position heraus
- Primäre Parteienwahl der Bevölkerung; strategische Wechsel werden von Parteiführungen herbeigeführt
- Parteien kontrollieren die Personalrekrutierung in der Exekutive und Legislative

## Aber... Die Parteienstaatshypothese in der Realität (2)

- Aber: Parteien sind nur ein Element des intermediären Systems: Interessengruppen und Neue Soziale Bewegungen
- Aber: Abgeordnete haben freies Mandat (Artikel 38GG) und müssen sich nicht an Vorgaben der Parteien halten
- Aber: Parteien durchdringen die Führungsspitze des öffentlichen Dienstes, nicht aber „normale“ Beamte
- Aber: Staatliche Parteienfinanzierung ist nicht die einzige Einnahmequelle: Spenden, Beiträge

# Die Entwicklung des Parteiensystems vollzieht sich in 5 Phasen

- Phase 1: Kontinuität und Neubeginn 1945-1951
- Phase 2: Konzentration des Parteiensystems 1952-1961
- Phase 3: Das Zweieinhalb-Parteiensystem 1961-1983
- Phase 4: Das Zwei-Parteigruppendesystem 1983-2006
- Phase 5: Weiterentwicklung zum nationalen 5/6-Parteiensystem 2006 bis heute (?)



# Phase 1: Kontinuität und Neubeginn 1945–1951

- Alte überregionale Parteien aus der Weimarer Republik: SPD, KPD, FDP (Ex DVP, DDP)
- CDU/CSU (Ex-Zentrum + Konservative) als innovative Neuerung
- Aufkommen zahlreicherer kleiner Parteien
- Kontinuität des Wahlverhaltens
- Cleavages erklären die Struktur des Parteiensystems
  - Verfassungskonflikt
  - Zentrum-Peripherie
  - Klerikalismus/Laizismus
  - Arbeit-Kapital

## Phase 2: Konzentration des Parteiensystems 1952–1961

- Aufsaugung der kleinen Parteien durch große Parteien
- Anreiz der 5% Sperrklausel
- Parteienverbot: SRP und KPD in 50er Jahren
- Erosion des regionalen Sonderbewusstseins: BP
- Säkularisierung: Zentrum
- Anwachsen der SPD durch Säkularisierung und Stilwandel
- CDU integriert Zentrum, BHE und DP
- Ergebnis: CDU/CSU, FDP und SPD

## Phase 3: Das Zweieinhalb-Parteiensystem 1961–1983

- CDU/CSU, FDP und SPD als zentrale Parteien
- FDP als pivotaler Akteur / Mehrheitsbeschaffer
- Drift zur Mitte

## Phase 4: Das Zwei-Parteigruppensystem 1983–2006

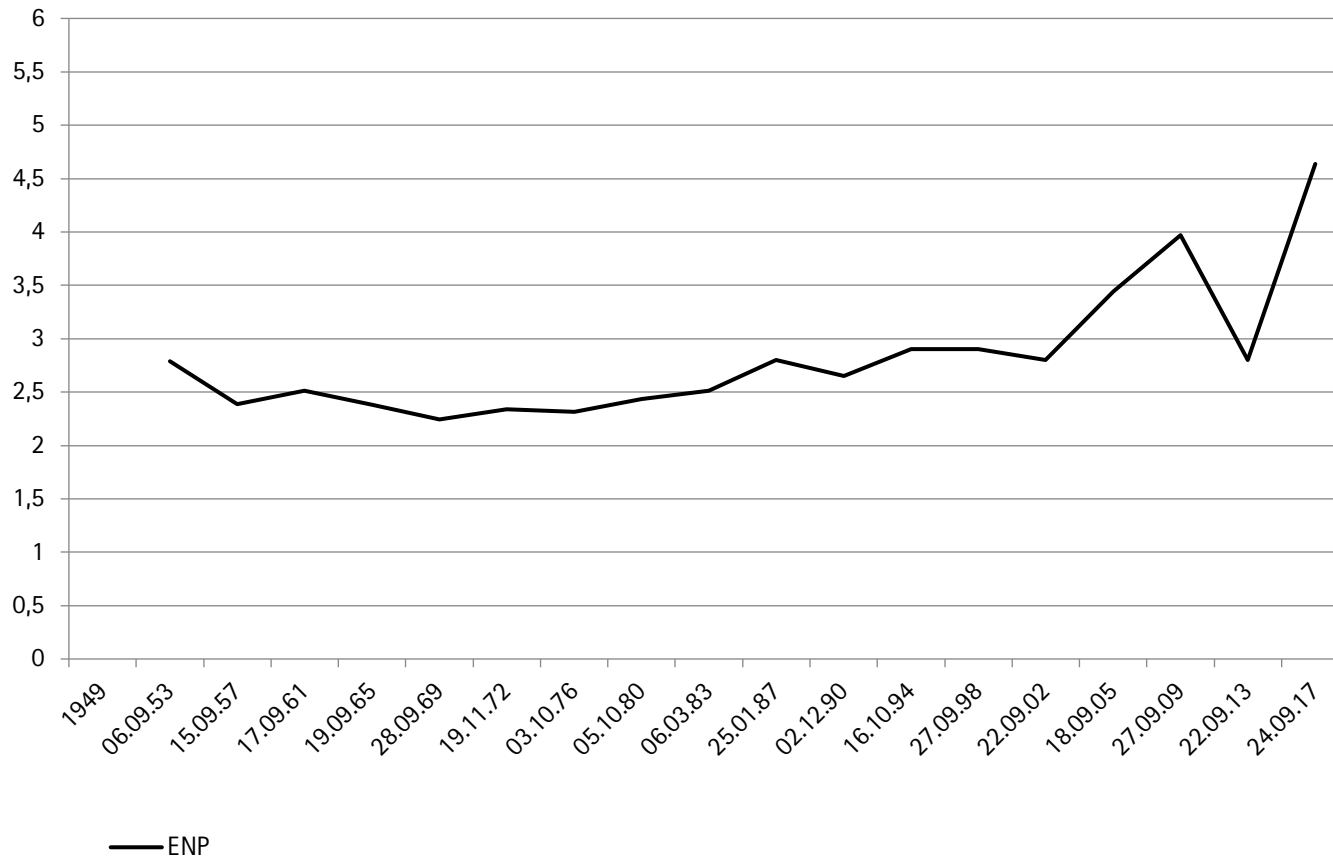
- Entwicklung im Westen
  - Etablierung der Grünen seit 1983
  - 4-Parteiensystem: CDU, SPD, FDP und Grüne
  - Parteienblöcke: CDU/FDP vs. SPD/Grüne
- Entwicklung im Osten
  - Herausbildung eines Regionalsystems mit drei stabilen Parteien
  - 3-Parteiensystem: CDU, SPD und PDS
- Bundesebene
  - Pole der beiden Volksparteien bleiben erhalten

## Phase 5: Weiterentwicklung zum nationalen 5/6-Parteiensystem 2006 bis heute

- Stabilisierung der Linken auch im Westen
- De-Facto: 5-6-Parteiensystem auf Bundesebene: FDP, CDU/CSU, SPD, B90/Grüne, Linkspartei, AfD
- Geringere Sitzanteile der großen Parteien zwingen zu neuen Koalitionskonstellationen/großen Koalitionen

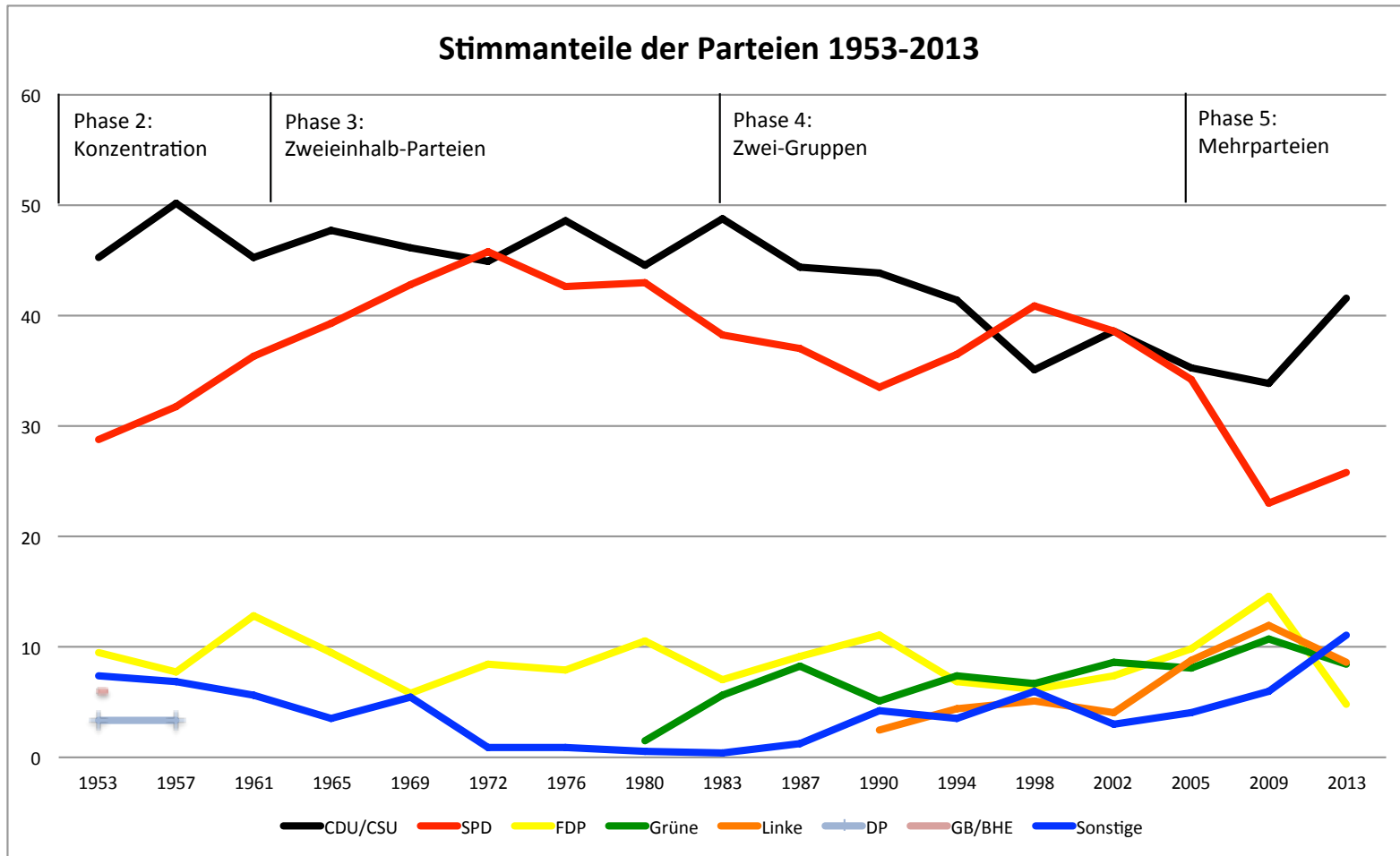
# ENP Werte in Deutschland im Zeitverlauf

## ENP der BRD 1953–2017





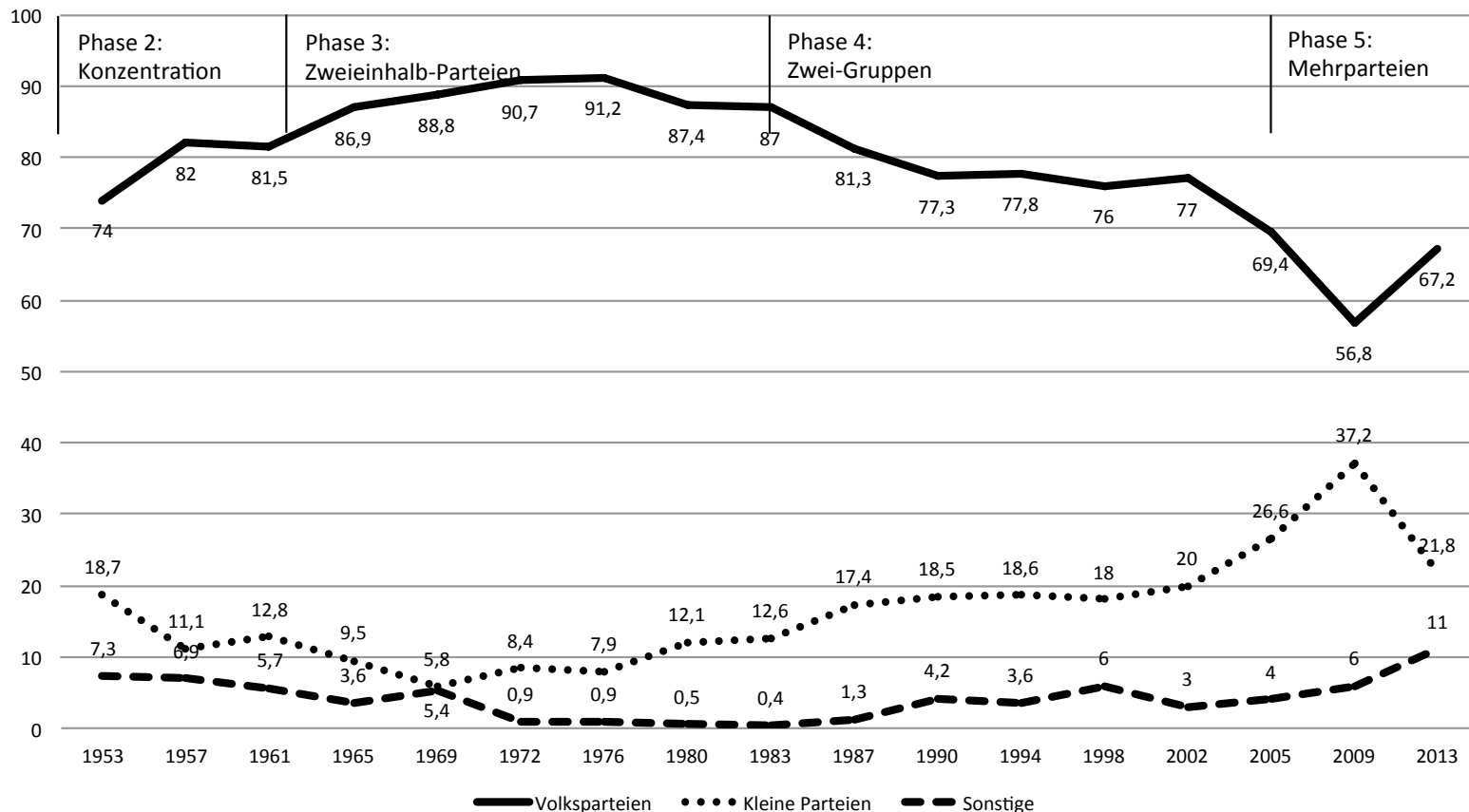
# Die Entwicklung des Parteiensystems im Überblick: Volksparteien verlieren, neue Parteien entstehen





# Die Volksparteien verlieren Stimmanteile, kleine Parteien und Sonstige gewinnen dazu -> Verhältniswahlrecht

Stimmanteile Volksparteien, kleine Parteien und Sonstige 1953-2013



# Gliederung

- Cleavages und Parteiensysteme
- Cleavages und Milieus in Deutschland
- Das bipolare Parteiensystem Deutschlands
- Innerparteiliche Demokratie
- Parteienverbot und Parteienfinanzierung

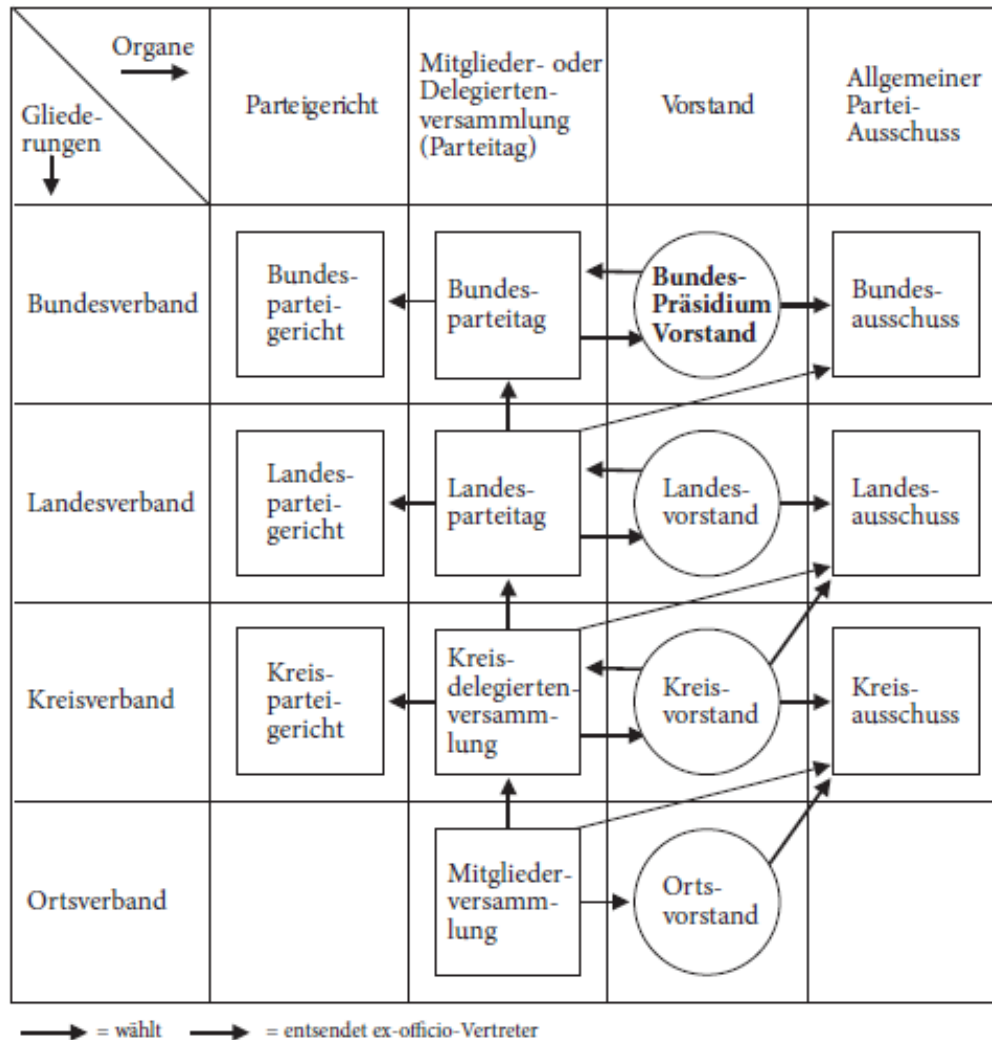
# Innerparteiliche Struktur

- Parteien sind im wesentlichen nach den Organisationsebenen des Staates gegliedert:
  - Ortsverbände
  - Kreisverbände
  - Landesverband
  - Bundesverband

# Innerparteiliche Demokratie und Entscheidungsfindung

- Parteien sind grob nach folgenden Gremien aufgeteilt
  - Mitgliederversammlung
  - Vorstand
  - Allgemeiner Parteiausschuss
  - Schiedsgericht
- Die Binnenorganisation doppelt sich dann entsprechend der verschiedenen Ebenen

## Grafik Organisation (Beispiel)



Quelle: Rudzio 2015: 144

# Mitgliederentwicklung über Zeit

Jahr	CDU	CSU	FDP	SPD	B90/ Grüne	DKP/ab 1990 PDS/ ab 2007 Die Linke
1947	400	82	55	875	–	–
1952	200	52	83	627	–	–
1960 <sup>b)</sup>	255	53	80	650	–	–
1970	329,0	93,0	57,0	820,0	–	30
1980	693,0	172,0	85,0	987,0	15,0	40
1989	663,0	186,0	65,0	921,0	41,0	18,7
1990	789,6	186,2	168,2	943,4	41,3	280,9
1995	657,6	179,6	80,4	817,7	46,4	114,9
2000	616,7	181,0	62,7	734,7	46,6	83,5
2005	571,9	170,1	65,0	590,5	45,1	61,3
2006	553,9	166,9	64,9	561,2	44,7	60,3
2007	536,7	166,4	64,1	539,9	44,3	71,7
2008	529,0	162,2	65,6	521,0	45,1	76,0
2009	521,1	159,2	72,1	512,5	48,2	78,0
2010	505,3	153,9	68,5	502,1	53,0	73,7
2011	489,9	150,6	63,1	489,6	59,1	69,5
2012 <sup>a)</sup>	476,3	148,0	58,7	477,0	59,7	63,8
darunter in NBL (2008 ohne Berlin):						
1990	134,4	–	107,0	30,4	1,3	k. A.
2008	46,4	–	8,6	22,2	3,1	40,2

Maximum

Quelle: Rudzio 2015: 157

# Berufsstruktur und Konfession der Parteimitglieder

	SPD	CDU	FDP	CSU	Grüne	Linke	Bevölkerung
Arbeiter	16	7	3	9	4	19	23
Angestellte	30	28	28	26	26	32	60
Beamte/öffentl. Angestellte	42	31	27	30	45	34	7
Selbständige	9	28	27	28	13	12	9
Akademiker u. Freiberufler	3	6	14	7	11	4	

	CSU	CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke
Katholisch	76	53	23	22	19	7
Evangelisch	19	38	48	46	36	11
Andere Konfession	0	0	2	3	3	3
Konfessionslos	5	9	26	30	42	79

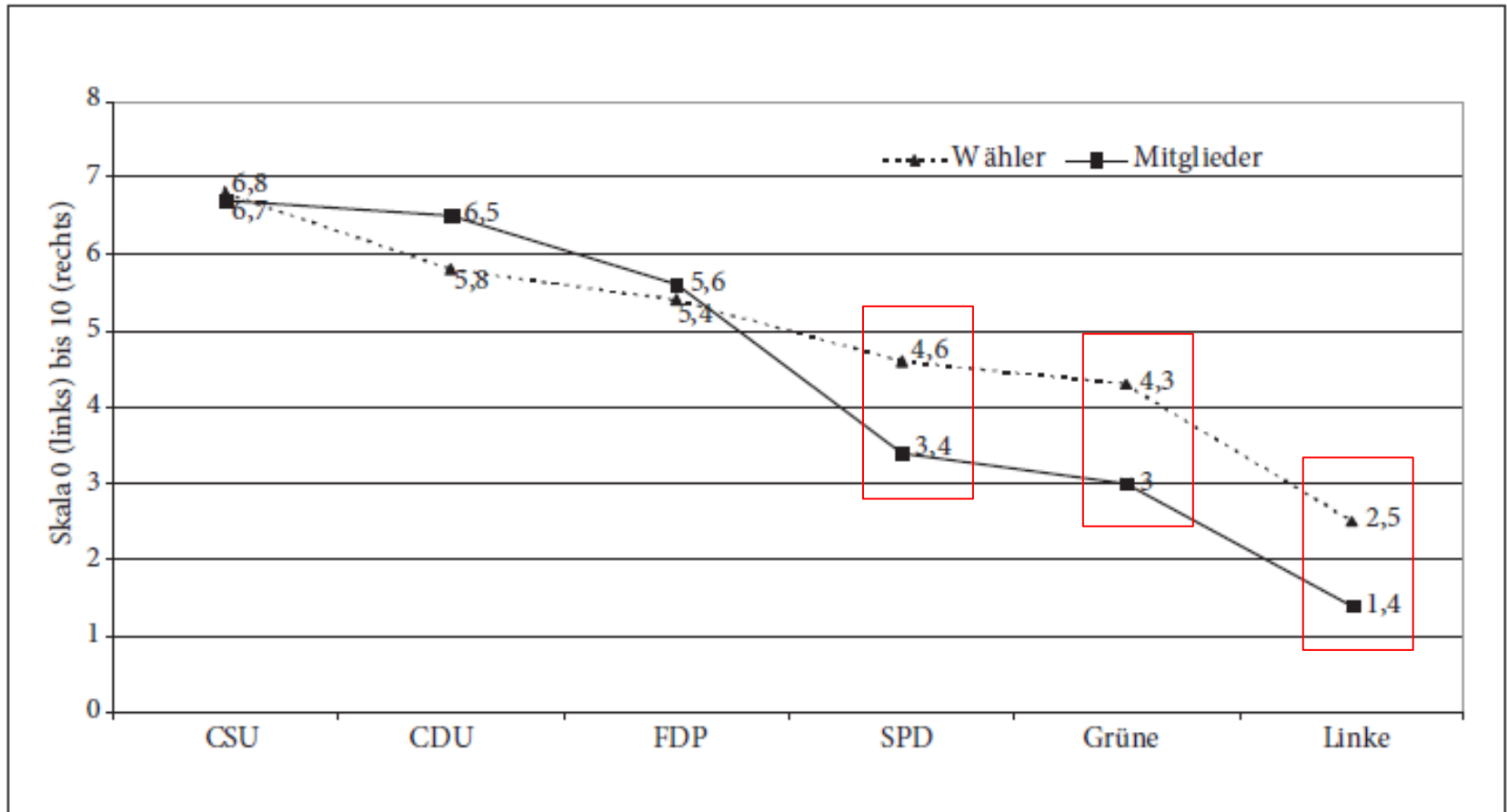
Quelle: Rudzio 2015: 159/160

# Programmatische Ausrichtung

- Die programmatische Ausrichtung folgt den Cleavages
  - SPD/Linke: Arbeit – Kapital
  - CDU: Staat-Kirche
  - FDP: Stadt-Land
  - B90/Grüne: Postmaterialismus
  - AfD: noch offen: ursprünglich EU-AntiEU



# Die Links-Rechts Selbsteinstufung auf einer Skala von 1-10: Differenz bei linken Parteien

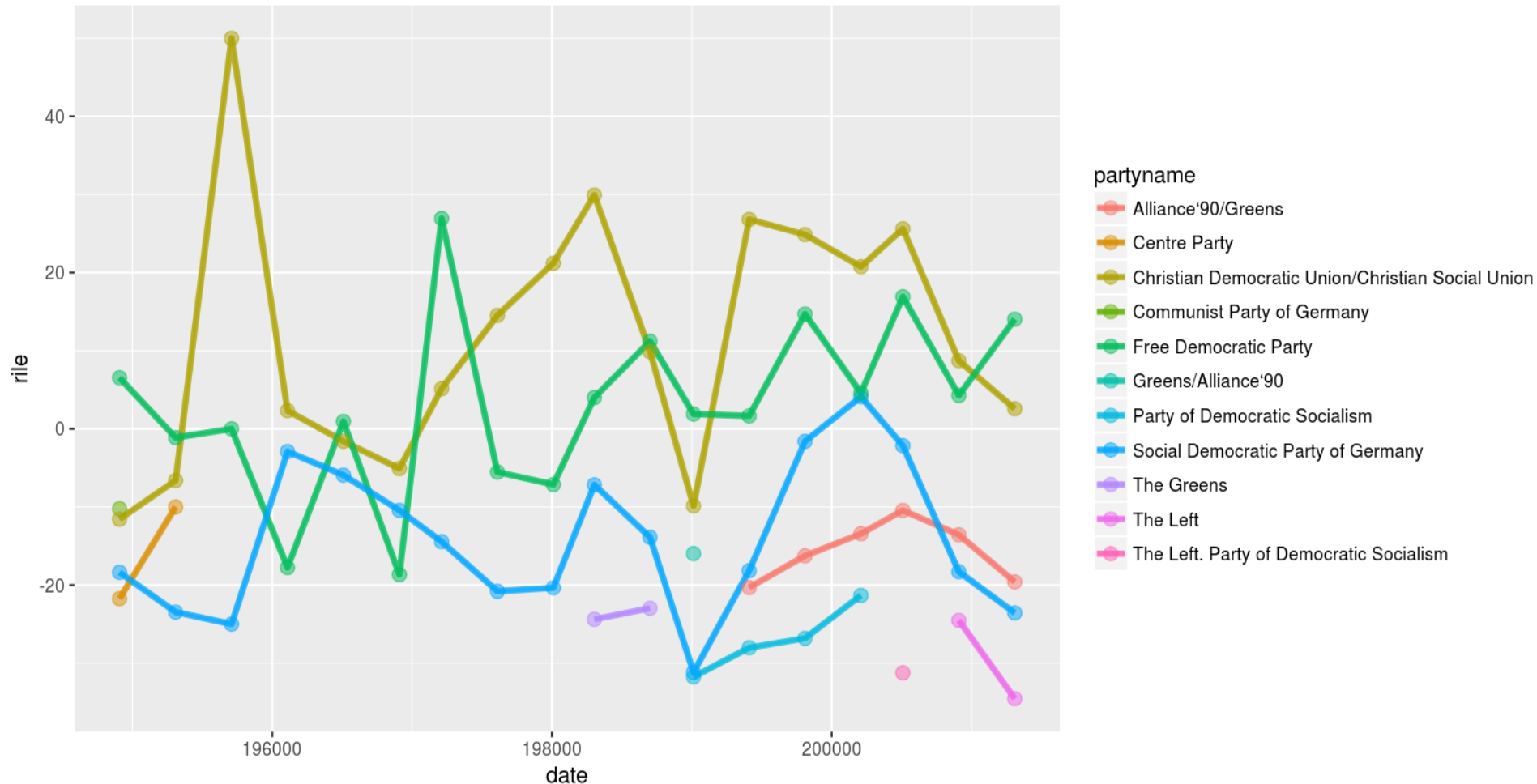


Quelle: Rudzio 2015: 161

# Alternativen zur Selbsteinstufung

- Messung von Wahlprogrammen
- Idee: Geäußerte Präferenzen von Parteien, verändern sich alle 4 Jahre. Ländervergleichend messbar
- Wesentliche Messkonzepte:
  - MARPOR: 54 items, manuelle Kodierung von Teilsätzen, theoretische Skalabildung Links-Rechts
  - Wordscore: Alle Wahlprogramme werden in Relation zu einem Referenzwahlprogramm gesetzt und die Ähnlichkeiten gemessen (kein theoretisches Links-Rechts)
  - Wordfish: Automatische Identifikation von Begriffen, die zwischen Wahlprogrammen differenzieren. Je unähnlicher die Begriffe in zwei Texten, desto größer die Abstände (kein theoretisches Links-Rechts)

# Die Parteipositionen auf Basis der Einschätzung von Wahlprogrammen (MARPOR) auf der RiLe Skala



# Gliederung

- Cleavages und Parteiensysteme
- Cleavages und Milieus in Deutschland
- Das bipolare Parteiensystem Deutschlands
- Innerparteiliche Demokratie
- Parteienverbot und Parteienfinanzierung

# Parteienverbot als Element der wehrhaften Demokratie

- Regelung: Artikel 21(2) GG
- Bedingung: Durch Ziele oder Verhalten der Mitglieder wird eine Beeinträchtigung oder Beseitigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung angestrebt oder der Bestand der Bundesrepublik gefährdet
- Möglichkeit des Verbots durch das Bundesverfassungsgericht
- Antragsberechtigt:
  - der Deutsche Bundestag
  - der Bundesrat
  - die Bundesregierung

# Parteienverbotsverfahren

- Erfolgreiche Verfahren:
  - Sozialistische Reichspartei SRP als Nachfolgeorganisation der NSDAP am 23. Oktober 1952, eingebracht durch die Bundesregierung
  - Kommunistische Partei Deutschlands: KPD am 17. August 1956, eingebracht durch die Bundesregierung
  - Begründung: Abweichung von der FDGO
- Gescheiterte Verfahren
  - NPD-Verbotsverfahren 2001, eingebracht durch Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung. Gescheitert wegen interner V-Männer
  - NPD-Verbotsverfahren 2013/2017, eingebracht durch Bundesrat: Partei wird als verfassungsfeindlich, aber nicht verfassungswidrig eingestuft

# Grundsätze der Parteienfinanzierung

- (Kollidierende) Grundsätze der Parteienfinanzierung
  - Funktionsfähigkeit der Parteien
  - Chancengleichheit
  - Staatsunabhängigkeit
  - Finanzielle Transparenz
- Typische Finanzierungsquellen
  - Staatl. Zuwendungen/Wahlkampfkostenerstattung (30-40%)
  - Mitgliedsbeiträge (30-40%)
  - Spenden (10-20%)

# Die Finanzierung der Parteien entwickelt sich im Zeitverlauf

- Entwicklungsphasen
  - 1949-1958: Spendenbegünstigung
  - 1958-1967: Wilde Parteienfinanzierung
  - 1967-1983: Dominanz der Wahlkampfkostenerstattung
  - 1984-1993: Steuerbegünstigung von (Groß-)Spenden



# Das aktuelle System der Parteienfinanzierung 1993/2002

- Obergrenze der staatlichen Zuwendungen von 115 Millionen €
- Publizitätspflicht ab einer Spendenhöhe von 10.000€
- Begünstigungsgrenze von 1.650€ erhöht Chancengleichheit auch für Kleinspender
- Bindung der staatlichen Zuwendungen an Wählerzahl und Spenden/Beitragseinnahmen
- Rechenschaftspflicht erhöht Transparenz

# Mögliche Klausurfragen (Parteien und Parteiorganisation)

- Welche Opfer der 5% Sperrklausel gab es seit 1983 von Parteien, die zuvor im Bundestag vertreten waren?
- Ordnen Sie den Entwicklungsphasen des deutschen Parteiensystems die jeweiligen Parteien und Zeiträume zu
- Was sind die 4 klassischen Cleavages nach Lipset/Rokkan?
- Wie berechnet sich die ENP und was ist ihre Zielsetzung?